

# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postfach Dresden 2640

Wir sind die auf weiteren nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei



Abgabepreis: die 6 spaltenige Raumseite 20 Goldpfennig, die 3 spaltenige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 spaltenige Annoncenzeile im letzten Teile der Zeitung 50 Goldpfennig, Nachverteilungsgeld 20 Goldpfennig.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rossen.

Nr. 140 — 1923 — 82. Jahrgang.

Donnerstag / Freitag 29. / 30. November

## Endlich ein Beruhigungspulver.

Die Beunruhigung über den wahren Charakter der Rentenmark bemächtigte sich immer weiterer Kreise. Der Umstand, daß die Rentenmark offiziell zum 15. November zur Ausgabe gelangen sollte, ohne daß an diesem Tage auch nur kaum mehr als ein Bruchteil ihres Bedarfs vorhanden war, hat das ihr anfangs entgegengebrachte Vertrauen stark erschüttert. Die zum Teil um hundert und mehr Prozent höheren gegenwärtigen Goldmarkpreise für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände aller Art gegenüber den Friedenspreisen führten dazu, daß man diese geringere Kaufkraft der Rentenmark zur Last legte, der man somit kaum 35 bis 40 Prozent an Wert überhaupt mehr zuerkennen wollte. Da ist es denn erfreulich, daß sich der Reichswährungsminister Dr. Schacht einmal ziemlich offen und ebenso verständlich über das Wesen der Rentenmark geäußert hat. Das W. T. W. berichtet darüber:

Die unausbleiblichen Reibungen beim Uebergang von einem Geld zum andern sind bei der Rentenmark dadurch vermehrt worden, daß bei ihrem Inbetriebtreten noch kein genügender Bestand gedruckt war. Wenn trotzdem die Einführung der Rentenmark mit dem 15. November beschlossen wurde, so geschah es, weil mit demselben Augenblick die Kreditinanspruchnahme des Reiches bei der Reichsbank aufzubören hatte. Dieser für den Beginn jeder Währungsreform einschneidende Punkt mußte alle sonstigen Bedenken überwiegen. Gleichzeitig ergab sich die Notwendigkeit, die Rentenmark zu einem möglichst gleichmäßigen Umtauschurs gegen Papiermark abzugeben. Es war deshalb erforderlich, den Berliner Dollarkurs, der zu dem Auslandskurs der Mark in einem trassen Mißverhältnis stand, in möglichst kurzer Frist der Weltparität näher zu bringen. Die Art der Rentenmarkabgabe geschah derart, daß das Hinüberfließen in den offenen Geldmarkt möglichst vermieden und die Rentenmark in erster Linie durch Auszahlung von Löhnen und Gehältern dem Konsumenten, andererseits den Kreisen des Nahrungsmittelhandels und den ländlichen Genossenschaften für den Getreideanfauf zugeleitet wurde. Welche Beträge von Rentenmark bisher in die Wirtschaft gelangt sind, läßt sich ziffernmäßig nicht genau angeben, da die Verteilung nicht nur von der Reichsbank in Berlin, sondern auch von den Zweiganstalten im Reich erfolgt, und zwar sowohl für die unmittelbaren Zwecke des Reiches, wie auch im Umtausch gegen Papiermark für die Wirtschaft. Der Druck der Rentenmark soll nach den Absichten der Verwaltung der Rentenmark im Laufe des Monats Dezember ganz beendet sein und geht zurzeit in einem schnelleren Tempo vor sich, als die ersten Tage gestattet haben.

Es ist deshalb damit zu rechnen, daß in spätestens zwei bis drei Wochen ein für die Bewältigung des derzeitigen Zahlungsmittel-Verkehrs ausreichender Betrag in Rentenmark in den Verkehr gebracht sein wird.

In dem gleichen Tempo, in dem die Rentenmark in den Verkehr gelangt, wird sich der Betrag des Notenumlaufs und der Girogelber der Reichsbank vermindern. Da zurzeit der Kreditweg noch nicht offensteht, kann die Rentenmark seitens der Wirtschaft nur gegen Hingabe von Papiermark oder Giroguthaben erworben werden. Diese Rentenmarkbeträge stammen aus dem Reich zur Verfügung stehenden unverzinslichen 300 Millionen Rentenmark und dienen in ihrem Papiermarkbeträge der Verminderung der Schulden des Reiches bei der Reichsbank.

Es ergibt sich mit dem Fortschreiten dieser Entwicklung eine Papiermark-Anspannung, die der bisherigen fortgesetzten Papiermark-Entwertung mit Sicherheit entgegenwirken muß, wenn nicht die Reichsbank neue Papier-Inflation betreibt.

Soweit die Entscheidungen der Reichsbank in Frage kommen, gehen sie nach meiner Kenntnis dahin, daß nicht nur jede neue Inflation zu vermeiden ist, sondern daß auch in den bisher immer noch, wenn auch kurzfristig gegebenen Wechselkrediten auf nicht beständiger Basis eine Verringerung eintreten muß. Eine dahingehende Politik ist auf das entschiedenste zu begründen. Sie wird zu einer weiteren Verringerung des Papiergeldumlaufs beitragen und die Wirtschaft auf den Weg des werbeständigen Rentenmarkkredits verweisen müssen. Daß jemand die Reichsbank veranlassen könnte, auf andern Gebieten Inflation zu treiben, ist für den, der die Bedeutung des bisherigen Währungschaos für unser Volk erkannt hat, eine undenkbar Vorstellung.

Gewisse Gefahren drohen hier vom Notgeld. Soweit dieses Notgeld nach den Bestimmungen der Reichsregierung durch entsprechende Markguthaben gedeckt ist, wird die Umwandlung dieser Markguthaben in Reichsbanknoten und der damit erfolgte Umtausch des Notgeldes keine neue Inflation bedeuten. Böslich unmöglich aber ist es, die Reichsbank etwa für die Einlösung oder Ausgabe von ungedecktem Notgeld in Anspruch nehmen zu wollen. Es hieße den ganzen mit unendlichen Mühen und Kämpfen errungenen Währungsreformbeginn wieder preisgeben und das alte Elend in verklärtem Maße mit allen seinen wirtschaftlichen und sozialen Folgen bereits wieder heraufbeschwören, wollte man hier die Reichsbank wiederum zur Befriedigung öffentlichen Geldbedarfs durch neue Inflation zwingen. Der Umstand, daß die Reichsbank sich von Tag zu Tag mehr verknappern muß, ist bisher in der Öffentlichkeit nicht genügend beachtet worden. Es kann indessen auf den Devisenmarkt nicht ohne Einfluß bleiben. Wie weit das der Fall sein wird, darüber werden die nächsten Tage vielleicht schon einige Klarheit bringen.

Auf jeden Fall darf ein gewisses Gefühl der Beruhigung Maß greifen darüber, daß die Währungsreform einen stetigen und klar vorgezeichneten Weg geht.

Ob und in welcher Weise die Reichsbank zu einem gegebenen Zeitpunkt zu einem andern Zahlungsmittel oder Wertpapier in ein festes Verhältnis zu bringen sein wird, darüber kann erst entschieden werden, wenn die Entwicklung etwas weiter vorgeschritten sein wird.

Im gegenwärtigen Augenblick liegt kein Anlaß vor, den Charakter der Reichsbank als gesetzliches Zahlungsmittel zu ändern, im Gegenteil ist die Möglichkeit der Wiedererstarbung der Reichsbank in ihrer Stellung als zentrales Währungsinstitut durchaus gegeben, während gleichzeitig die Rentenmark in ihrer

starken goldhypothekarischen Fundierung als inneres Zahlungsmittel bis zur endgültigen Lösung des deutschen Währungsproblems ihre Bedeutung behalten wird. In der Zwischenzeit werden die Bemühungen um die Errichtung einer Goldkreditbank zur Beschaffung von Goldkrediten für die deutsche Wirtschaft nicht ruhen dürfen.

Was lange währt, wird gut. Hoffentlich bewahrheitet sich der Grundsatz auch diesmal. Dann wird auch die zu einer neuen Art von Wucher sich auswachsende sogenannte „Risiko-Prämie“ bald in sich zusammenfallen. Bayern hat ja zu ihr schon in gebührender Weise Stellung genommen, wie an anderer Stelle dieser Nummer näher ausgeführt worden ist.

## Bayern voran — im Kampf gegen den Goldmarkwucher

München, 28. Nov. In einer vom Generalfstaatskommissar erlassenen Warnung wird u. a. gesagt, daß die allgemeinen angelegten Grund- und Goldpreise für die Waren und Leistungen viel zu hoch seien und daß sie in der Regel weder durch Rohstoffe, noch die Herstellung, noch die Geldentwertung gerechtfertigt seien und daß bei wertbeständiger Zahlung die sogenannten Risiko-Prämien ein reiner Wucher seien. Verbrechen derer, die diese Preise durch die zu hohen Grundpreise das neue wertbeständige Zahlungsmittel auf die abschüssige Bahn der Papiermark. Ich will, so heißt es weiter, daß dieses Verbrechen am Volke aufs schwerste bekämpft wird. Keine Schicht des Volkes darf heute Friedenspreise nehmen und sich so von der allgemeinen Not ausschließen. Die Polizeibehörden werden die Preisbemessung strengstens überwachen und die Schuldigen der Bestrafung zuführen. Wer sich einer wucherischen Preisforderung schuldig macht oder sich einer Preisnachprüfung zu entziehen sucht, hat die Unterjagung des Handels zu gewärtigen. In den Fällen, wo die großen Wirtschaftverbände Schuld an den Preisüberforderungen tragen, wird mit allen Mitteln eingeschritten und mit ebenso unachsichtlicher Strenge gegen diejenigen, die sich weigern, Papiermark in Zahlung zu nehmen.

### Dr. Zeigner, der Neurastheniker.

Leipzig, 28. Nov. Dr. Zeigner hat einen völligen Zusammenbruch seiner Nerven erlitten. Zeigner, der Neurastheniker ist, soll schon bei seiner Einlieferung körperlich leidend gewesen sein. Sein seelischer Zustand soll sich in der Haft verschlimmert haben. Trotzdem kann von einer Haftentlassung keine Rede sein. Zeigner ist bis heute dreimal vom Untersuchungsrichter vernommen worden und er hat dabei angegeben, daß verschiedentlich Personen mit Gefuchen an ihn herangetreten sind, bestrittet aber noch, sich strafbar gemacht zu haben.

### Fehlgeschlagene Kommunisten-Aktionen in Berlin.

Berlin, 27. Nov. Die auf Weisung des kommunistischen Direktoriums heute veranstaltete große kommunistische Aktion wird dank der getroffenen Sicherheitsmaßnahmen und des unfreundlichen Massenschalters ihre Urheber wenig befriedigt haben. Die Demonstrationen, die den Lustgarten erreichen konnten, brachten etwa 3000 bis 4000 Teilnehmer. Andere Züge wurden auf dem Wege dahin aufgelöst. Am Lustgarten kam es zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Schupo. Die Beamten wurden beschimpft und zum Teil tödlich angegriffen. Als einige besonders renitente Personen verhaftet werden sollten, warf sich die Menge auf die Beamten und entwarf sie einzelne. Ein Trupp der Schupo wurde so hart bedrängt, daß sich die Beamten durch Schreckschüsse Luft machen mußten. Als die Menge verlor, die Streifen einzuschließen, wurden Verstärkungen herangezogen, denen es gelang, die Demonstranten abzudrängen. Es wurden etwa 15 Personen verhaftet, dem Anschein nach meist Russen. In den letzten Tagen hatte zwischen Halle und Berlin ein sehr reger Verkehr kommunistischer Funktionäre eingeleitet. Die Agenten verkehrten ausfallen viel in dem Gebäude der Sowjetvertretung unter den Linden. Weiter ist auch beobachtet worden, daß der vor einiger Zeit viel genannte Militärratgeber der Sowjetregierung, Petrow, der nach neueren Ermittlungen geborener Franzose ist und mit Paris in Fühlung steht, eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet.

Wie weiter berichtet wird, kam es noch zu einem schweren Zusammenstoß in der Köpckestraße, wo eine größere Ansammlung von Anordnungen der Polizei Widerstand leistete. Die Beamten machten von der Schußwaffe und Gummiknüppeln Gebrauch und trieben die Menge schließlich auseinander. Drei Beamte wurden verletzt, darunter einer schwer. Der verletzte Demonstrant konnte man nicht habhaft werden, da sie sich selbst in Sicherheit brachten oder von ihren Leuten weggeschafft wurden. Insgesamt hat die Schupo nach den bisherigen Meldungen 77 Personen festgenommen, unter denen sich die kommunistische Landtagsabgeordnete Rosi Wolffstein befindet.

### Bombenanschlag gegen eine Polizeiwache in Stuttgart.

Stuttgart, 27. Nov. Nach amtlichen Mitteilungen erfolgte am Sonntagabend vor dem Gebäude der kommunistischen „Süddeutschen Arbeiterzeitung“ eine heftige Explosion, die auf Verwendung eines äußerst stark geladenen Sprengkörpers schließen läßt. Da die Explosion unmittelbar vor dem Raum im Erdgeschoss erfolgte, in dem aus Anlaß der polizeilichen Beschlagnahme eine Schupo-Wache stationiert war, scheint der Anschlag gegen die letztere gerichtet gewesen zu sein. Verletzt wurde niemand, jedoch ist der Sachschaden am Gebäude und in der Nachbarschaft erheblich.

### Die Bürgerparteien gegen Albert.

Berlin, 27. Nov. Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, die gestern nachmittag im Reichstage eine Besprechung abhielten, haben sich gegen ein überparlamentarisches Kabinett Albert ausgesprochen. In unverbindlich eingeleiteten interaktionellen Besprechungen hat der Gedanke, einen bürgerlichen Bloß mit Einschluß der Deutschnationalen zu bilden, Boden gewonnen, nachdem die Sozialdemokraten erklärt hatten, an keiner irgendwie gearteten Koalition mit bürgerlichen Parteien teilnehmen zu wollen. Das Zentrum hat allerdings eine Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen an eine Reihe von Bedingungen geknüpft. Es soll jedoch zwischen beiden Parteien zu einer Einigung auf folgender Grundlage gekommen sein: Die Deutschnationalen lassen die Forderung fallen, daß der Versailler Vertrag für nichtig erklärt werde. Das Zentrum und die Deutsche Volkspartei verpflichten sich, in Preußen aus der großen Koalition auszuschleiden und dort einen bürgerlichen Bloß zu bilden.

### Neue Art der Steuer-Erhebung.

Berlin, 27. Nov. Wie die „B. Z. a. M.“ wissen will, steht die Bekanntgabe einer Neuordnung in der Erhebung sämtlicher Steuern unmittelbar bevor. U. a. wird die zweite Devisenabgabe dadurch ersetzt werden, daß die am 15. Dezember d. J. fällige zweite Rate der Rhein- und Ruhrabgabe in Devisen angefordert wird.

### Gibt's neues rumänisches Getreide?

Bukarest, 25. Nov. Das Ministerium beschloß, nach den Vorschlägen des Obersten Landwirtschaftsrates die Ausfuhr von Weizen, Roggen und ihren Saatzen, sowie von Luzerne vollständig freizugeben.

### In London „erwägt“ man wieder . . .

London, 27. Nov. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Für heute sei eine wichtige Konferenz britischer Minister und Sachverständiger, darunter Vertreter des Schatzamtes, des Foreign Office und der Rechtsabteilungen einberufen worden, um die neue und schwierige Lage zu erwägen, die jetzt mit Bezug auf das Reparations- und Ruhr-Problem eingetreten sei, und zwar

1. infolge der Ansetzung der Legalität der französisch-belgischen Ruhrbesetzung durch die deutschen Vertreter in der Freitagssitzung der Reparationskommission und
2. infolge des Einkommens zwischen den Ruhr-Industriellen und der Ricum.

Da Sir John Braburn, der gestern Abend aus Paris hier eingetroffen sei, an der oben erwähnten Konferenz teilnehmen werde, sei es wahrscheinlich, daß die für heute festgesetzte Sitzung der Reparationskommission verschoben werden würde oder daß sie sich nur mit untergeordneten Fragen befassen werde.